

# Aldi: Lehrtes Politiker stoppen Verfahren

CDU und Piraten wollen Änderungen / Umwelt- und Bauausschuss diskutieren über weiteres Vorgehen

Von Patricia Oswald-Kipper

**Lehrte.** Die Politiker des Umwelt- und des Bauausschusses haben am Montagabend das Verfahren für das Aldi-Logistikzentrum gestoppt. Ursache war ein Antrag der Gruppe aus CDU und Piraten, in dem ein Wechsel vom aktuellen allgemeinen in ein sogenanntes vorhabenbezogenes Verfahren gefordert wurde. „Das derzeitige Angebotsverfahren bildet hier nicht die Wünsche der Bürger ab“, sagte CDU-Ratsherr Martin Schiweck. Das habe man jetzt nach dem massiven Widerstand der Bevölkerung in Aligse festgestellt.



Wir wollen die Hoheit über die Fläche behalten.

**Martin Schiweck,**  
CDU-Ratsherr

Ziel des Antrags sei es nun, eine mögliche Nachnutzung des Geländes steuern zu können. Das aktuelle Verfahren, das in einem klassischen Bebauungsplan münde, regle nur eine allgemeine logistische Nutzung für die Fläche in Aligse.

Man könne jedoch nie wissen, was in ein paar Jahrzehnten ist, sagte Schiweck. Bei einem eventuellen Besitzerwechsel wolle man aber weiter mitreden können. „Wir



Links neben dem Feldweg soll das Aldi-Zentrallager entstehen.

FOTO: KONSTANTIN KLENKE

wollen die Hoheit über die Fläche behalten“, so Schiweck. Das vorhabenbezogene Verfahren ermögliche es, noch besser auf die Wünsche der Aligser einzugehen, argumentierte auch Armin Hapke (CDU).

Stadtbaurat Christian Bollwein betonte, dass ein solcher Bebauungsplan nur auf ein einziges Vorhaben bezogen sei. „Es gibt schon viele Einschränkungen, die sich abheben von einem sonst üblichen Bebauungsplan“, betonte er.

Stadtplanerin Anja Hampe erläuterte den Politikern detailliert die Unterschiede der beiden Verfahren und wie der derzeitige Plan

umgewandelt werden könne. Aldi muss zunächst dem Verfahrenswechsel zustimmen. Das Verfahren müsse zwar dann nicht von Neuem gestartet werden, sagte Hampe. Es bedeute zunächst aber eine Zeitverzögerung von drei bis vier Monaten und zusätzliche Kosten.

Geht Aldi diesen Weg mit, müsse die Stadtverwaltung den aktuellen B-Plan anpassen. „Wir müssten sämtliche Planungen und Verträge umstellen, Gutachten wären zu überarbeiten“, sagte Hampe. Die aktuellen Überarbeitungen sowie Verpflichtungen des Bauherren – etwa hinsichtlich des Lärmschutzes – würden nicht weiterbestehen.

Man müsse gegebenenfalls erneut verhandeln, sagte Hampe.

Burkhard Hoppe (SPD) argumentierte, dass in dem Plan jetzt schon viele Änderungen eingearbeitet seien, die den Anliegern zugutekämen. Er könne die Forderungen der Christdemokraten nicht verstehen, schließlich hätten auch sie grundsätzlich für die Aldi-Ansiedlung in Aligse gestimmt.

## CDU hält an Beschluss fest

Die Christdemokraten betonten in der Sitzung, dass man an dem ursprünglichen Beschluss der Aldi-Ansiedlung in Lehrte auch nicht rütteln wolle. „Wir wollen dort aber

nicht irgendein Logistikunternehmen, sondern Aldi. Es soll keinen Freibrief für jegliche Nutzung geben, sondern wir wollen dort auch in Zukunft mitsprechen“, sagte Schiweck. Bodo Wiechmann (SPD) fragte, wie es weitergehen soll, wenn Aldi dem Verfahren nicht zustimmt. „Sollte es dazu kommen, sagen wir Nein zum Bebauungsplan“, kündigte Schiweck an.

Die Politiker beauftragten die Verwaltung schließlich einstimmig, dass diese mit dem Ziel eines Verfahrenswechsels mit Aldi Verhandlungen aufnehmen soll. Nur ein Politiker enthielt sich bei der Abstimmung.



Mitglieder des Bau- und des Umweltausschusses diskutieren gemeinsam im Forum.

FOTO: PATRICIA OSWALD-KIPPER

## Die Stadt arbeitet seit 2016 an einem Bebauungsplan

**Aldi will auf einer Fläche** am Rand der Ortschaft Aligse ein riesiges Zentrallager errichten. Seit 2016 läuft bei der Stadt Lehrte das Bebauungsplanverfahren. Es gibt großen Widerstand in der Bevölkerung gegen die Ansiedlung – von den Aligsern wird vor allem eine Zunahme an Lärm durch den Lastwagenver-

kehr befürchtet. Im Ort hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, die seitdem massiv gegen das Vorhaben mobilmacht.

**Im Herbst 2017** wurde der Bebauungsplan für die Aldi-Ansiedlung erstmals öffentlich ausgelegt. Es gab danach viele Bedenken und Änderungen, die einge-

arbeitet werden mussten. Die Stadtverwaltung legte danach im Sommer 2018 den Plan zum zweiten Mal aus. Daraufhin gab es erneut viele Anregungen, die Änderungen zur Folge hatten. So gab es etwa ein neues Gutachten mit einer Gesamtlärbetrachtung.

## Über den geänderten Plan

sollten am Montag die beiden Fachausschüsse zum wiederholten Male abstimmen. Nach einem positiven Votum im Rat der Stadt wäre der Plan damit in die dritte Auslegung gegangen. Die Entscheidung des Umwelt- sowie des Bauausschusses hat diesen Vorgang nun erst einmal unterbrochen.

pos